

Möglicher Regierungswechsel in Polen könnte belasten

Unternehmen drohen zum Teil höhere Abgaben

Von Sebastian Becker, Warschau

Börsen-Zeitung, 23.10.2015

Polen steht am Sonntag bei der Parlamentswahl vermutlich ein einschneidender politischer Wechsel bevor, den auch die Märkte spüren werden. Aktuelle Umfragen zufolge dürfte die liberalkonservative Bürgerplattform PO nach acht Jahren Regierungszeit ihre Mehrheit an die nationalkonservative Oppositionspartei PiS verlieren. Möglicherweise müssen sich die Nationalkonservativen zu einer Koalition mit kleinen rechten Organisationen verbinden, die noch radikaler sind. Eine absolute Mehrheit wurde in Polen schließlich noch von keiner Partei erzielt.

Dieser mögliche Machtwechsel ist für internationale Beobachter nur wenig verständlich, weil das Land unter der Führung der PO sein Wirtschaftswachstum stetig vergrößert hat. Außerdem hat das Land als Investitionsstandort immer mehr an Reputation gewonnen.

Allerdings geht in Polen die Schere zwischen Arm und Reich weit auseinander, so dass viele Unzufriedene ins Ausland emigrieren. Darunter befinden sich viele junge Leute. Wohl deswegen hat die PiS große Chancen, an die Macht zu kommen. Im Zentrum ihres Wahlprogramms stehen populistische Wahlversprechen, die zu verstärkten Ausgaben im Haushalt führen werden, wenn

die Partei sie im Falle einer Regierungsübernahme dann auch einhält.

Hilfe für Kleinbetriebe

Besonders wichtig ist für die Partei die Einführung eines monatlichen Kindergeldes von 500 Zloty (125 Euro). Zusätzlich will sie wieder die Rentenreform der PO rückgängig machen, die eine Anhebung des Renteneintrittsalters vornahm. Ebenso soll der Steuerfreibetrag auf 8 000 Zloty erhöht werden. Derzeit liegt er noch bei 3 000 Zloty und gehört zu den niedrigsten in ganz Europa. Da der Satz so gering ist, spotten die Polen oft darüber. „Hier werden sogar die Bettler besteuert“, witzeln sie. Deswegen kann die PiS mit dem Versprechen, dieses Niveau anzuheben, leicht Wählerstimmen gewinnen. Allein dies werde den Staat 21,5 Mrd. Zloty kosten, schätzen einheimische Experten.

Doch das ist bei weitem noch nicht alles, was die Partei vorhat: Kleinere Firmen sollen nur noch 15 % statt wie bisher 19 % Körperschaftsteuer zahlen. Gleichzeitig müssen die Unternehmen dem Wahlprogramm zufolge ihren Angestellten einen Mindestlohn von 12 Zloty je Stunde zahlen. Ebenso soll der Mehrwertsteuersatz, der derzeit bei 23 % liegt, um 1 Prozentpunkt gesenkt werden. Das bisherige Niveau ist im internationalen Vergleich relativ hoch und seine Senkung somit auch sehr populär im

Land. „Insgesamt dürften alle diese Versprechen den Steuerzahler etwa 40 Mrd. Zloty kosten“, schätzen die Fachleute des polnischen Maklerhauses TMS.

Sondersteuer für Banken

Diese Ausgaben sollen teilweise über die Einführung einer Sondersteuer für Banken und die Einzelhandelsketten finanziert werden. Die Finanzinstitute werden dem Fiskus den Planungen zufolge zusätzliche Einnahmen von 1,6 Mrd. Zloty ermöglichen. Die Einzelhandelskonzerne sollen eine Umsatzsteuer von 2 % zahlen, die dem Staat weitere 3,5 Mrd. Zloty bringen sollen.

Hiervon ist vor allem der Handelskonzern Metro betroffen, der zu den wichtigsten deutschen Investoren gehört. Ebenso wird die polnische Tochter der Commerzbank, die MBank, in Mitleidenschaft gezogen. „Wir kommentieren dies nicht“, zeigt sich der Sprecher der MBank, Krzysztof Olszewski, auf Anfrage sehr zurückhaltend.

Insbesondere die zusätzliche Belastung für die Banken sieht der private Unternehmensverband Lewiatan sehr kritisch. „Damit wird sich auch die Bereitschaft der Finanzinstitute verringern, Kredite zu gewähren“, schreibt die Organisation in einer Studie. Ebenso werde sich dies negativ auf die Verzinsung von Bankeinlagen auswirken.